



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

3. Juli 2018

Nr. 2018-372 R-151-24 Interpellation Petra Simmen, Altdorf, zu Vernehmlassungsantwort zu «Sion 2026» der Urner Regierung; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 21. März 2018 reichten Petra Simmen, Altdorf, und Hansheiri Ziegler (Zweitunterzeichner), Silenen, eine Interpellation zu Vernehmlassungsantwort zu «Sion 2026» der Urner Regierung ein.

Begründet wird der Vorstoss damit, dass die positive Vernehmlassungsantwort des Urner Regierungsrats zum Vernehmlassungsbericht «Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele Sion 2026» (Beschluss vom 20. Februar 2018) relativ kurz ausgefallen sei, obschon es sich um ein grosses nationales Sportprojekt mit erheblichen Investitionen handle. Die Vernehmlassungsantwort des Urner Regierungsrats reiche nicht aus, um zu beantworten, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, falls Uri sich als Gästededestination profilieren und Sportanlagen für Trainings- und Vorbereitungszwecke bereitstellen würde. Der Regierungsrat zeige sich zudem bereit, eine finanzielle, personelle und infrastrukturelle Unterstützung zu prüfen. Welche Auswirkungen die Urner Beteiligung an Sion 2026 haben werde, scheine aber noch sehr unklar zu sein. Gestützt auf diese Überlegungen stellen die Interpellanten sechs Fragen.

Am 10. Juni 2018 lehnte das Walliser Stimmvolk eine finanzielle Unterstützung für die Olympischen Spiele an der Urne ab. Die Olympiakandidatur «Sion 2026» ist damit gescheitert, eine Beteiligung von Bund und Kantonen hinfällig.

II. Beantwortung der Fragen

1. *Auf welche Fakten stützen sich die Aussagen der Urner Regierung in der Vernehmlassungsantwort zu «Sion 2026»?*

Der Urner Regierungsrat stützte sich bei seiner Antwort unter anderem auf den erläuternden Bericht des Bundesrats im Rahmen des «Vernehmlassungsverfahrens zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele Sion 2026» vom Dezember 2017 sowie auf die technischen Dossiers des Bundesamts für Sport (BASPO) zum Thema. Zudem standen dem Regierungsrat weitere Berichte zur Verfügung: die Machbarkeitsstudie der Kantonalen Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) «Bereich Sicherheit Olympische Winterspiele

2026» vom 31. Juli 2017 und der BASPO-Bericht «Unabhängige Durchsicht OCOG und Non-OCOK Budget Sion 2026» der Firma PwC vom 7. September 2017. Die Regierung stützte sich zudem auf die positiven Stellungnahmen des Dachverbands des Schweizer Sports, Swiss Olympic Association, sowie der kantonalen Sportbeauftragten.

In seiner Vernehmlassungsantwort hielt der Regierungsrat aber fest, dass Olympische und Paralympische Spiele auf bestehenden Infrastrukturen aufbauen und in bescheidenem respektive vernünftigen Rahmen durchgeführt werden müssen. Allfällige Defizite dürften nicht auf die öffentliche Hand abgewälzt werden; zudem müsse der Bund sich stärker finanziell beteiligen, insbesondere an den Sicherheitskosten.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sprach sich in ihrer Stellungnahme vom 23. März 2018 ebenfalls für Beiträge des Bunds an die Olympischen Spiele «Sion 2026» aus, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Spiele «einen wesentlichen Fortschrittsgewinn bezüglich Nachhaltigkeit und Innovation bringen und einen bleibenden Wert für die Standort- und Lebensqualität in der Schweiz» hinterlassen. Zudem müssten die Austragungskantone der Durchführung Olympischer Winterspiele zustimmen.

2. *Wie bzw. was sind die Ergebnisse der Aufwands- und Ertragsanalyse zu «Sion 2026» für den Kanton Uri?*

Aufgrund des Entwicklungsstadiums der Pläne beruhten die Finanzkennzahlen der Bewerbung noch auf Erfahrungswerten und Schätzungen. Diese wurden vom BASPO plausibilisiert. Offene Fragen betrafen allerdings insbesondere die Sicherheitskosten, weshalb der Urner Regierungsrat in diesem Punkt einen Vorbehalt formulierte. Eine detaillierte Aufwands- und Ertragsanalyse zu «Sion 2026» wurde aufgrund des frühen Entwicklungsstadiums der Pläne sowie der damals noch ausstehenden Abstimmungen (unter anderem im Wallis) vom Kanton Uri nicht durchgeführt. Der Regierungsrat wog indes die Chancen und die Risiken für den Kanton Uri ab, wobei er Chancen insbesondere für das Urserntal sah. In der Antwort auf die Parlamentarische Empfehlung der CVP-Fraktion (Andreas Bilger, Seedorf) zu Unterstützung der Olympiakandidatur Sion 2026, die der Landrat in der Session vom 18. April 2018 überwies, führte der Regierungsrat aus, dass im Urserntal Sportanlagen für Trainingszwecke und für die Vorbereitung Olympischer Wettkämpfe zur Verfügung stünden.

3. *Die Urner Regierung könnte sich, laut Vernehmlassungsantwort bzw. Parlamentarischer Empfehlung (Andreas Bilger) vorstellen, dass der Kanton Uri für Trainings- oder Vorbereitungszwecke genutzt wird. Der Bundesrat hat dazu klar gesagt, dass bei Verbleiben von ungedeckten Kosten, diese von der Durchführungsorganisation oder auch den Durchführungskantonen zu tragen sind. In welchem Umfang wären dann die Risiken für den Kanton Uri?*

Das Risiko für die Übernahme ungedeckter Kosten war nach Ansicht des Regierungsrats auch vor der Ablehnung durch das Walliser Stimmvolk gering. Aufgrund der Nähe zu den geplanten Wettkampfstätten im Oberwallis wäre zwar realistisch gewesen, dass der Kanton Uri von einzelnen Nationalteams als Trainings- und Vorbereitungsregion genutzt worden wäre. Zudem hätte sich die Urner Regierung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dafür eingesetzt, dass die entsprechenden Sportanlagen im Urserntal den gängigen Normen entsprochen hätten. Eine Beteiligung wäre aber nur mit

einem überschaubaren Risiko eingegangen worden. Eine Modernisierung der entsprechenden Anlagen sowie der Aufenthalt von Nationalteams hätten aber positiv zur Wertschöpfung im Kanton Uri beigetragen und damit der nachhaltigen Entwicklung der Sportregion Ursern gedient. Die Höhe der finanziellen Beteiligungen an allfälligen Investitionen richtet sich nach den geltenden Finanzkompetenzen im Kanton Uri.

4. Rechnet der Regierungsrat, in Bezug auf Frage 3, mit zusätzlichen Investitionen in diese Sportanlagen oder weitere Infrastrukturen im Kanton Uri?

Die Urner Regierung hätte Anpassungen an die Sportanlagen im Zusammenhang mit «Sion 2026» auf Anfrage geprüft. Hier hätten sich auch Synergien ergeben zur Winteruniversiade 2021 und zum Projekt Sportzentrum Ursern. Der Regierungsrat hat in diesem Jahr ein Projekt gestartet, dessen Ziel es ist, für den ehemaligen Armeesport-Stützpunkt in Andermatt (ASSA) eine neue Trägerschaft zu bilden, die ab 2022 eigenständig und selbsttragend den bisherigen Betrieb des ASSA weiterführen kann. Der Regierungsrat unterstützt das Projekt «Sportzentrum Ursern» mit Mitteln aus der Neuen Regionalpolitik.

Die Verkehrsinfrastrukturen im Kanton Uri genügen den Anforderungen an einen Trainings- und Vorbereitungsraum vollauf.

5. In seiner Stellungnahme hält der Regierungsrat fest, dass er sich insbesondere im Bereich der Sicherheit ein noch grösseres finanzielles Engagement des Bundes wünscht. Der Kanton Uri sei bereit, die Austragungsorte bei der Gewährleistung der Sicherheit im Rahmen eines Interkantonalen Polizeieinsatzes zu unterstützen. Die Sicherheitskräfte würden während gut dreier Monate in den betreffenden Kantonen fehlen. Was hat diese Zusage für Auswirkungen auf die Polizeiarbeit in Uri bzw. die Sicherheit in Uri?

Die Machbarkeitsstudie der KKJPD zum Polizeieinsatz während «Sion 2026» sah vor, dass zusätzlich zum Aufwand der direkt betroffenen Kantone insgesamt 133'000 Einsatztage im Rahmen der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) zu leisten sind. Anteilsmässig hätte dies für die Kantonspolizei Uri bis zu 900 Einsatztage bedeutet. Ein solches Engagement hätte bei der Kantonspolizei Uri während der kritischen Zeit (Olympische Spiele) Auswirkungen auf die Polizeiarbeit gehabt. Auch ohne Vorliegen einer Detailplanung kann gesagt werden, dass sich die Polizeiarbeit innerhalb des Kantons auf das Notwendige beschränkt hätte. So wären nicht zeitkritische Fallbearbeitungen zurückgestellt, planbare Aktionen nicht durchgeführt, Kontrolltätigkeiten und Patrouillentätigkeiten minimiert worden. Weiter kann davon ausgegangen werden, dass eine Feriensperre über das ganze Korps erlassen worden wäre und Überstunden angefallen wären.

6. Was würde der Einsatz der Urner Polizeikräfte den Kanton Uri kosten oder könnten diese Kosten allenfalls ganz oder teilweise weiter verrechnet werden?

Die KKJPD hat an der Herbstversammlung 2017 entschieden, einen allfälligen IKAPOL-Einsatz den Kantonen nach geltender Regelung zu entschädigen (600 Franken pro Einsatztage). Die Übernahme der Kosten war zum Zeitpunkt der Abstimmung im Kanton Wallis vom 10. Juni 2018 allerdings nicht abschliessend geklärt, weshalb offen ist, welche Kosten der Kanton Uri effektiv hätte übernehmen

müssen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Kultur und Sport; Direktionssekretariat Sicherheitsdirektion; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor-Stv.

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, cursive letters, positioned above a horizontal line.